

Verfahren: 2025004481 - Estricharbeiten im Rahmen des Neubaus des Hallenbades in 92660 Neustadt a.d.Waldnaab

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Erklärung zu Absprachen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir erklären, dass über den Auftrag keinerlei Absprachen, über eine Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten getroffen und keine dahingehenden Verhandlungen, Preisverhandlungen usw. geführt wurden. Die Verdingungsunterlagen haben wir in allen ihren Teilen zur Kenntnis genommen und uns soweit erforderlich über die örtlichen Verhältnisse eingehend unterrichtet.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 KMU-Eigenschaft [Mussangabe]

Erfüllt Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)?

Diese Angabe ist für den Auftraggeber im Zuge der Meldung von vergebenen Aufträgen zur Vergabestatistik erforderlich.

Definition entsprechend der Empfehlung der EU-Kommission:

- Kleinstunternehmen: weniger als 10 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanz von unter 2 Mio. EUR.
- kleines Unternehmen: weniger als 50 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanz von unter 10 Mio. EUR.
- mittleres Unternehmen: weniger als 250 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von unter 50 Mio. EUR bzw. eine Jahresbilanz von unter 43 Mio. EUR.

(Maßgeblicher Jahresumsatz ist der Geldbetrag, der in einem bestimmten Zeitraum eingenommen wurde; Jahresbilanz ist eine Aufstellung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eines Unternehmens)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Bei meinem Unternehmen handelt es sich um ein Kleinstunternehmen i.S.d. Definition der EU-Kommission (0)
☐ Bei meinem Unternehmen handelt es sich um ein kleines Unternehmen i.S.d. Definition der EU-Kommission (0)
☐ Bei meinem Unternehmen handelt es sich um ein mittleres Unternehmen i.S.d. Definition der EU-Kommission (0)
☐ Bei meinem Unternehmen handelt es sich um kein KMU i.S.d. Definition der EU-Kommission (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 „Equal Pay“ Gebot [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir bestätigen hiermit, dass wir bei einer Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für uns geltenden rechtlichen Verpflichtungen einhalten werden, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentendengesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a ACiG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung, soweit Sie / Ihr Unternehmen der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe(n).

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG auf gesondertes Verlangen vorlegen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Erklärung des Bieters zur Richtigkeit der Angaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen oder Nachweise auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Erklärung Insolvenz

Wurde durch den Bieter eine Erklärung abgegeben, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich sein Unternehmen nicht in Liquidation befindet (vgl. Formblatt 124/1240/Präqualifikation sverzeichnis)?

Durch den Auftraggeber wird vor einer Zuschlagserteilung vom Bestbieter eine Auskunft über das Vorliegen einer Insolvenz unter <https://www.insolvenzbekanntmachungen.de> eingeholt werden.

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

8 Aufklärung Angebotsinhalt (§ 15 VOB/A-EU)

Wurden durch den Bieter die im Rahmen einer etwaigen Aufklärung des Angebotsinhalts geforderten Erklärungen/Nachweise/Steilungnahmen abgegeben?

Hat der Bieter die Abgabe der geforderten Aufklärungen und Angaben verweigert oder die ihm gesetzte angemessene Frist unbeantwortet verstreichen lassen, wird das Angebot gem. § 15 Abs. 2 VOB/A-EU vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Nachgeforderte Unterlagen (§16 Nr. 4 VOB/A-EU)

Wurden die Erklärungen oder Nachweise deren Vorlage in den Vergabeunterlagen vorbehalten war, nach Anforderung innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt?

Hierbei handelt es sich insbesondere um Unterlagen, deren Vorlage sich der AG in den Vergabeunterlagen vorbehalten hat (z.B. Formblatt 236, Nachweise gem. Formblatt 124 wie Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Unbedenklichkeitsbescheinigungen usw.).

Bei Verwendung der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Eignungsnachweis erfolgt durch die Vergabestelle zwingend eine Aufforderung zur Beibringung von konkreten, endgültigen Eignungsnachweisen.

Diese Nachweise/Erklärungen werden im Rahmen der Eignungsprüfung grundsätzlich nur von denjenigen Bietern nachgefordert, für die auch aus Sicht der Vergabestelle eine entsprechende Aussicht auf eine Zuschlagserteilung besteht.

Sofern eine Vorlage der geforderten Unterlagen nicht innerhalb der angemessenen Frist erfolgt, wird das Angebot gem. § 16 Nr. 4 VOB/A-EU vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

10 Ausschlussgrund (§ 22 LKSG)

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von einem Ausschlussgrund wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes (LKSG) bzw. der Bieter hat nachweislich und erfolgreich entsprechende Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 22 Abs. 1 S. 1 LKSG i.V.m. § 125 GWB durchgeführt?

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

11 Ausschlussgründe (§ 123 GWB)

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen entsprechend § 123 GWB bzw. der Bieter hat nachweislich und erfolgreich entsprechende Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB durchgeführt?

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

12 Ausschluss (§ 124 GWB)

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen entsprechend § 124 GWB, die zum Ausschluss führen bzw. der Bieter hat nachweislich und erfolgreich entsprechende Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB durchgeführt?

NUR VOM AUFTRAGGEBER AUSZUFÜLLEN!

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar